

# Uni heisst Ja zum Vertrag»

Frei abgestütztes Komitee wirbt für die gemeinsame Trägerschaft der Uni

biet  
e  
Uni-  
t  
bt  
soll  
ver-  
tarke

Bis jetzt hätte der Kanton Baselland zudem jedes Jahr viel Geld bezahlt, habe aber nicht wirklich entscheiden können, was damit passiert. Und dies obwohl Baselland gegenwärtig 2233 Studierende an die Uni schickt, für den Kanton Basel-Stadt hingegen sind es jedoch nur 1828. Es sei höchste Zeit, dass der Kanton für diese Jugendlichen mehr Verantwortung übernehme, so die Komiteemitglieder.

## Kein «Fass ohne Boden»

Nach einem Ja zum Staatsvertrag haben Baselland und Basel-Stadt genau gleich viel Einfluss im Unirat. Zudem muss die Leistungsvereinbarung alle vier Jahre von beiden Parlamenten genehmigt werden. «Zahlen wir der Uni mehr, haben wir das selbst entschieden», sagte FDP-Präsident Peter Tobler. Von einem «Fass ohne Boden» könne also nicht die Rede sein.

Man hätte auch warten können, bis der Kanton Basel-Stadt allenfalls auch noch weitere Partner angebunden hätte. Dies jedoch brauche Zeit. Und diese habe die Uni nicht mehr. Sie sei von der Politik sehr lange hingehalten worden. Wenn man den Anschluss nicht verlieren und eine im internationalen Vergleich sehr starke Universität zu einem regionalen Bildungsinstitut verkommen lassen wolle, dann müssten jetzt Investitionen getätigt werden. Gleich wie bei der Fachhochschule Nordwestschweiz müssten die beiden Basel jetzt einmal beweisen, dass eine Uni mehr als einen Trägerkanton haben kann, dann würden die anderen folgen. Gespräche dazu seien im Gange und der Kanton Aargau habe mit seinem Beitrag an die Nanotechnologie bereits ein gesteigertes Interesse gezeigt.

Universitätskanton zu sein, sei für Baselland in mehrfacher Hinsicht entscheidend. Wirtschaftlich werde es sich auszahlen. Eine Uni produziere Wissen, das von anderen Unternehmen nachgefragt werde. Es lohne sich für diese, sich in der Nähe einer starken Universität anzusiedeln. Eine gute Uni bringe auch erfolgreiche «Spin-offs», also Firmen, die direkt aus der Uni heraus gegründet werden, wie Füeg anmerkte. Ein solches, das mittlerweile ein Weltmarktführer im Bereich Rastermikroskope sei, habe seinen Sitz in Liestal.

## Mehr Arbeitsplätze, mehr Steuern

Solche neuen Unternehmen brächten nicht nur Steuereinnahmen, sondern auch Arbeitsplätze. Das heisst auch Steuereinnahmen von Privaten. Und diese Unternehmen bräuchten Zulieferer, was wiederum gut für die ansässigen KMU sei. Zudem habe eine hohe Qualität



**FIFTY-FIFTY** Mit dem Staatsvertrag erhält Baselland die Hälfte der Uni Basel und hat genau so viel Mitbestimmungsrecht wie Basel-Stadt. NICOLE NARS-ZIMMER

in der Lehre und der Forschung eine Rückwirkung auf die abgebenden Schulen. Das heisst, dass eine gute Uni auch qualitativ gute Gymnasien brauche. Und gute Schulen seien wiederum mit ein Grund für hochqualifizierte Arbeitskräfte, sich hier in der Region anzusiedeln.

Dies alles bedinge sich gegenseitig, unterstrich Nordmann. «Wer jetzt sparen will, muss später auch mit den Verlusten leben können.» Man schicke auch kein zusätzliches Geld in die Basler Staatskasse, sondern investiere in ein unabhängiges Unternehmen, «wenn auch die Uni diesen Ausdruck nicht so gerne hört», meint Füeg. Wichtig sei, dass die Stimmbürgerbevölkerung begreife, dass es keinen ge-

sonderten Wirtschaftsraum Fricktal oder Baselland oder Basel-Stadt gebe. «Es gibt nur eine Wirtschaftsregion Basel.» Wenn das Baselland heute zaudere, bezahle es später die Zeche dafür.

Das Pro Komitee wird angeführt von Jean-Luc Nordmann, Präsident des Fördervereins Universität Basel; Kathrin Amacker, CVP-Präsidentin; Regula Meschberger, SP-Präsidentin; Peter Tobler, FDP-Präsident; Philipp Schoch, Präsident Grüne; allen fünf aktiven Regierungsmitgliedern – also inklusive Erich Straumann (SVP); Ständerat Hans Fünfschilling (FDP); der Nationalrätin Maya Graf (Grüne) und Susanne Leutenegger (SP); den Nationalräten Hans Rudolf Gysin (FDP), Claude Janiak (SP) und Walter Jermann (CVP); den Präsidentinnen und Präsidenten der Jungen CVP, FDP, Grünen und Jusso. Dem Komitee gehören mehr als 80 Parlamentarier und Vertreterinnen der Wirtschaft an.